

Arbeiterzeitung

Organ der kommunistischen Partei Deutschlands, Blatt der Arbeiterzeitung der kommunistischen Partei Deutschlands

Verlag: ...
Redaktion: ...
Druck: ...

Mittwoch, 29. März 1922

Abonnement: ...
Einzelpreis: ...

Zehnstundentag bei der Eisenbahn.

Die SPD-Führer gegen den zehnstündigen Tag. — Die Arbeiter müssen ihn durch Kampf sichern.

Der große Wurf ist geglückt. Den Gegnern des zehnstündigen Arbeitstages ist es gelungen, bei der Eisenbahn die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen. W.D. meldet:

Die Gewerkschaften erkennen in ihrer vom Reichsverkehrsminister auf seine Fragen über das Arbeitszeitgesetz vorgelegten Antwort die Notwendigkeit einer vorläufigen Vereinbarung über die Arbeitszeit im Eisenbahndienst an. Sie erklären sich unter gewissen Einschränkungen damit einverstanden, daß die reine Dienstbereitschaft des Zugpersonals in der Heimstation mit 80 Prozent als Arbeitszeit bewertet werden soll und fordern, daß die Dienstbereitschaft des im Betriebs- und Verkehrsdienst beschäftigten Personals im allgemeinen die Höchstdauer von zehn Stunden nicht überschreitet.

Diese Meldung besagt, daß die Gewerkschaftspitzen dem Unternehmertum selbst das Tor für die allgemeine Befreiung des zehnstündigen Arbeitstages geöffnet haben. Es ist bezeichnend, daß der Sozialdemokrat Kalinski als Sachverständiger im Sozialpolitischen Ausschuss die Frage, ob der zehnstündige Arbeitstag angesichts der durch die Folgen des Krieges geschaffenen Lage genügen könne, verneint hat. Das bedeutet, daß der Sozialdemokrat Kalinski für die Befreiung des zehnstündigen Arbeitstages eingetreten ist. Er schlug vor, den zehnstündigen Arbeitstag auf 5 Jahre zu befristigen. Nach Ablauf der 5 Jahre der zehnstündige Arbeitstag ohne Kampf der Arbeiter wieder eingeführt werden könnte. Sein Vorschlag bedeutet nichts anderes als die völlige Befreiung des zehnstündigen Arbeitstages. Die Arbeiter müssen dies mit allen Kräften verhindern.

Oft genug haben wir der Arbeiterschaft während des letzten Eisenbahnerstreiks gesagt, daß der Kampf der Eisenbahner für die gesamte Arbeiterschaft von großer Bedeutung ist. Oft genug haben wir die Arbeiter aufgerufen, den Eisenbahnerstreik zu ihrem Kampf, zum Kampf des gesamten deutschen Proletariats zu machen. Die Arbeiter haben diese günstige Gelegenheit veräußert. Sie haben sich nicht mit den kämpfenden Eisenbahnern solidarisiert.

Und schon wird der zehnstündige Arbeitstag bei der Eisenbahn verabschiedet. Die Kapitalisten begründen seine Unmöglichkeit mit Phrasen vom Aufbau der deutschen Wirtschaft. Die Gewerkschaftsführer geben ihre Zustimmung dazu.

Die notwendige Folge der Arbeitszeitverlängerung bei der Eisenbahn wird sein, daß die Unternehmer der Privatindustrie mit allen Mitteln darauf drängen, daß der zehnstündige Arbeitstag überall befreit wird.

Der Angriff des Kapitals hat begonnen.

In Württemberg kämpfen zehntausende Metallarbeiter gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit. Inzwischen wird von dem Unternehmertum weiter gegen die Organisationen der Arbeiter angerannt. Eben unternimmt man wieder eine neue schamlose Heiße gegen die Eisenbahner, da man befürchtet, daß sich die Eisenbahner dem zehnstündigen Arbeitstag nicht so ohne weiteres gefallen lassen. Die bürgerliche U.S.-Korrespondenz verbreitet die Nachricht, daß die Kommunisten im ganzen Reich versuchen, die Eisenbahner zu einer neuen Aktion aufzustacheln. Sie zitiert einen Auszug aus einer Rede des Vorsitzenden der Reichsgewerkschaft, Meunier, der erklärt habe: „daß, wenn der Streik noch 48 Stunden gedauert, Deutschland an allen Ecken und Enden in Flammen gestanden hätte und die erste Abrechnung zwischen Kapital und Arbeit dagewehen wäre. Die nächste Beamtenbewegung müsse aber die endgültige Abrechnung mit der kapitalistischen Gesellschaft und dem Staat bringen.“ In einer Versammlung der kommunistischen Funktionäre von Berlin, die in den letzten Tagen stattgefunden haben soll, sei der Vorschlag gemacht worden, daß man diesmal bei den Eisenbahnern loszuschlagen müsse. Die Aktion soll nach der Konferenz in Genoa beginnen und die aus Rußland zurückgekehrten Delegierten Clara Zetkin, Wänzenberg usw. seien im Besitz ...

... Klärtlinien für diese große Aktion. Das Arbeitszeitgesetz und die Differenzen zwischen Reichsgewerkschaft, DGB und Regierung in der Frage der Ungültigkeitserklärung der letzten Beamtenratswahl sollen den Konfliktstoff bilden.

Der Bredel, den die U.S.-Korrespondenz verfolgt, ist höchst wichtig. Man kempelt den Führer der Reichsgewerkschaft, Meunier, zu einem Kommunisten, um ihn das Vertrauen der Eisenbahner, das Meunier heute dank seiner Haltung während des Eisenbahnerstreiks im höchsten Maße

genießt, zu rauben. Das Sprachrohr des Unternehmertums weiß ganz genau, daß, wenn Meunier befreit ist, die Eisenbahner halb so gefährlich sind. Das heißt auf gut deutsch, wenn Meunier unmöglich gemacht ist, kann man den Eisenbahnern leichter Verschlechterungen ihrer Lage aufzwingen. Deshalb die an sich recht lächerliche Heiße gegen Meunier. Es erübrigt sich, lange Ausführungen darüber zu machen, daß wir Kommunisten keine Anhänger der von Meunier trotz des Eisenbahnerstreiks vertretenen Theorie einer „großen, politisch neutralen“ Gewerkschaft sind.

Doch auch die Eisenbahner werden dieses Spiel durchschauen.

Die Hundsfott-Politik Groeners zwingt den Beamten neue Kämpfe auf. Nicht nur mit Verlängerung der Arbeitszeit, auch mit Entlassungen geht er gegen sie vor. Und wieder sind es gerade die unteren Beamten, die darunter am meisten zu leiden haben. Aus Berlin wird gemeldet:

Der Eisenbahneretat beschäftigte den Hauptausschuß des Reichstages weiter. Nach einem von fast allen Parteien unterstützten Antrag soll der Personalbestand der Betriebsverwaltung eingeschränkt werden. Von den Gehaltsgruppen A 13 bis A 10 sollen 56 Stellen als künftig wegfallend bezeichnet werden. Bei A 9, A 8 und A 7 sollen 112 Stellen künftig in Wegfall kommen und bei den Gehaltsgruppen A 6 bis A 2 soll sich dieser Aufbau auf 7967 Stellen erstrecken.

Es ist Groener! Während von den höheren Beamten so gut wie gar keine entlassen werden, wirft man 8000 untere Beamte auf die Straße. Dabei kündigt die Eisenbahnverwaltung neue Massenentlassungen an. Werden die Gewerkschaften etwas für die tausende Opfer Groenerscher Nachpolitik tun? Die Eisenbahner können lange darauf warten.

Nur wenn die Eisenbahner sich selbst erheben, wenn sie gemeinsam mit der ganzen deutschen Arbeiterschaft den Kampf aufnehmen, kann ihnen geholfen werden.

Doch die Regierung bereitet sich auch auf neue Kämpfe vor. Sie arbeitet fleißig daran, einen neuen Streik, namentlich der Eisenbahner, abzuwürgen zu können. Ihr Hauptaugenmerk ist dabei auf die Technische Nothilfe gerichtet. Diese Streikbrechergarde, die im Eisenbahnerstreik so unfähig viel Schaden angerichtet hat, soll ausgebaut werden, soll, so meinen ihre Befürworter, zu einer wirklichen „Hilfsarmee“ werden.

Vor uns liegen die „Mitteilungen der Technischen Nothilfe, herausgegeben von der Hauptstelle der Technischen Nothilfe beim Reichsministerium des Innern“, Nr. 3. Sie befassen sich vornehmlich mit der „Teno“ während des Eisenbahnerstreiks.

Da ist es zunächst mal unser immerwährender Kanzler Wirth, der etwas über „Der Gedanke der Technischen Nothilfe“ schreibt. Wirth sagt, „die Unterstützung, die die Regierung während den schweren Tagen des Verkehrsstreiks aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung, aus der treugebliebenen Beamtenschaft, aus den Gewerkschaften, und ganz besonders durch die Opferwilligkeit des Technischen Nothelfers erfahren hat, ist ein Beweis des wachsenden Verständnisses des Staatsgedankens, des wachsenden Gemeinbewusstseins im deutschen Volk“. Jawohl, Herr Wirth. Ein Beweis des wachsenden Gemeinbewusstseins der deutschen Gewerkschaftsführer mit der Steuerabgaberegierung, mit den Bürgeln der streikenden Arbeiter, den „Nothelfern“!

Herr Wirth redet damit etwas davon, daß wir eine „einzigartige Schicksalsgemeinschaft“ bilden. Phrase, Herr Wirth, nichts als Phrase! Schicksalsgemeinschaft zwischen dem schlemmenden Kapitalisten und dem hungernden Arbeiter? Schicksalsgemeinschaft der um ihr Brot kämpfenden Eisenbahner mit den fatten, am Verhandlungstisch lauenden Geheimräten? Nein, das nicht mehr!

Etwas deutlicher ist schon Herr Groener, der sich in einem längeren Artikel mit dem Inhalt der „Teno“ während des Eisenbahnerstreiks beschäftigt. Da fragt Herr Groener erst mal ein Trauerlied darüber, daß der Schlag der Nothelfer „nicht überall zufriedenstellend“ war. Aber was noch schlimmer ist: auch die Beschäftigung der Technischen Nothelfer hat an einigen Stellen zu wünschenswerten überlassen! Man denke, die armen Nothelfer, die mit Bomben und Geschossen auf den Straßen hantieren, haben nicht satt zu essen! Das ist nicht

unerhört! Doch es zeigt von dem großen Streikmut, mit dem die „Nothelfer“ an die Arbeit gingen, mit dem sie die Maschinen runterließen. Ist es nicht ein neuer Beweis der moralischen Stärke des deutschen Volkes, daß während die Eisenbahner vor Hunger die Arbeit niederlegen, die „Nothelfer“ diese Arbeit aufnehmen, um den Hunger kennen zu lernen?

Am Schluß zeigt uns Eisenbahngeneral Groener auch des Pudels Kern. Er schreibt:

„Die Ereignisse der letzten Wochen haben in weiten Kreisen der Bevölkerung die Erkenntnis reifen lassen, daß ein Ausbau der Technischen Nothilfe unumgänglich notwendig ist.“

Die „Teno“ ist nicht nur gegen die Eisenbahner, sie ist gegen die ganze Arbeiterschaft gerichtet. Die Klüftung der Regierung, der Ausbau der „Teno“ macht es der Arbeiterschaft zur Pflicht, sich mehr denn je in einer Front zusammenzuschließen. Gegen die Kampfgemeinschaft des gesamten Proletariats kann eine noch so gut organisierte „Teno“ nichts machen. Der Kampf aller Arbeiter ist ein Machtmittel, das alle Versuche der Kapitalisten ihren Willen durchzusetzen, zushanden werden läßt.

Deshalb müssen sich alle Arbeiter, Angestellte und Beamte zusammenschließen in der geschlossenen

Einheitsfront des Proletariats.

In ihr müssen sie zum Kampf vorrücken

- gegen den zehnstündigen Tag,
- gegen Massenentlassungen,
- gegen den Steuerraub,
- für die Erfassung der Sachwerte,
- für die Arbeiterregierung.

Der große Kampf in der süddeutschen Metallindustrie.

Von August Enderle (Berlin).

Vor einigen Wochen traten in München etwa 800 Metallarbeiter in den Streik, weil die Unternehmer ihre Forderungen auf eine Lohnhöhung von etwa 3 bis 4 Mk. pro Stunde mit einem lächerlich geringen Angebot von 20 bis 50 Pfg. Erhöhung pro Stunde und dem Verlängen, auf Arbeitszeit, die bisher 44 bis 46 Stunden betrug, auf 48 Stunden pro Woche zu erhöhen, beantwortete. Aus diesem Streik in München hat sich im Laufe der letzten Woche ein Kleinstreik in der gesamten Metallindustrie Bayerns und Württembergs entwickelt, der sich aber noch weiter über Baden, Hessen, die Pfalz und den Frankfurter Bezirk ausbreiten droht.

In der bayerischen Metallindustrie bestand seit Jahrzehnten kein Tarif mehr, vielmehr wurden nur kurzfristige Ermäßigungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften geschlossen. In Württemberg, Baden und Hessen dagegen bestand ein Tarif über die 46-stündige Arbeitszeit vorlag. Dieser wurde von den Unternehmern gekündigt, und sie verlangten gleich ihre Kollegen in Bayern ebenfalls eine Verlängerung der Arbeitszeit, um die 48-Stundenwoche reiflos durchzuführen. Verhandlungen, die Ende Februar stattfanden, erklärten die Unternehmer zu einer Lohnhöhung bereit, nachdem Gewerkschaftsvertreter das Versprechen abgaben, über Verlängerung der Arbeitszeit unter ihren Mitgliedern eine Urabstimmung stattfinden zu lassen. In Württemberg wurden 100000 Stimmen gegen, und nur 6000 Stimmen für Arbeitszeitverlängerung abgegeben. Ein ähnliches Verhältnis wiesen die Abstimmungen in Bayern und Baden auf. Daraufhin zogen die Unternehmer ihre in der Lohnfrage gemachten Zugeständnisse zurück, ein von beiden Seiten am Rufesgericht entschied zugunsten der Unternehmer. Die Arbeiter lehnten diesen Schiedsspruch ab und traten in Württemberg und auch in Bayern, wo die Verhältnisse gleichmäßig waren, in einer Anzahl von dem Unternehmerverbänden angehörenden Betrieben in den Streik.

Wie schon das Abstimmungsergebnis zeigt, herrscht in den Betrieben eine erschütterte Kampfsituation, was sehr bedauerlich ist, denn die süddeutschen Metallarbeiter gehören nicht zu den am schlechtesten bezahlten der deutschen Metallindustrie, sondern stehen auch mit ihren Löhnen weit hinter denen der Holzarbeiter, Maler, Buchbinder usw. in Deutschland zurück. Der Deutsche Metallarbeiter-Bund vor als weitaus am meisten beteiligte Organisation der Arbeiter führt, so und dieser einstimmigen, kampfbereiten Kampfsituation der Metallarbeiter nicht den erwarteten Erfolg. Der Streik hat sich nicht auf den Kampf ausgedehnt und mit einem Schiedsspruch der Arbeitgeber beteiligter Arbeiter zu kompromittieren, sondern

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen. Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen. Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen. Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Politische Uebersicht.

Die Annahme der Reparationsnote.

Und doch zu Kreuze getrocknet. Am heutigen Dienstag wird sowohl Wirth als auch...

über bereits ist soweit durchgedrückt: Das wird nach all dem nationalistischen Theaterdonner...

bürgerliche Zeitungen wissen zu melden: In der Haltung der Reichsregierung und der...

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die russischen Streitkräfte auf Ostfront. Aus vielfacher Quelle verriet, daß der Kommandant...

Aus Sowjet-Russland.

Die Abschaffung der außerordentlichen Kommissionen.

„Sowjet“ veröffentlicht ein Interview mit Unschicht, dem stellvertretenden Vorsitzenden der politischen Abteilung...

Die Ablieferung der Kirchenschatze für die Hungernden.

In einer Saratower Kirche wurden 8 Pud Silber und eine größere Menge Brillanten abgeliefert. In der Mikrosankirche...

Wirtschaftliches aus der russischen Presse.

Der russische Erport.

Die Abteilung des Zollkommissariats für Außenhandel für das Nordwestgebiet beschließt, in der nächsten Zeit 60.000 Pud Flach...

Die Finanzverwaltung der Elektrifizierungsarbeiten.

Die Zentrale für Elektrifizierungsarbeiten berichtet, daß die Arbeit auf diesem Gebiet insofern Mangels an Mitteln sehr eingeschränkt...

Das eines Kraftwerkes in Nischnij Nowgorod.

In Nischnij Nowgorod wird eine elektrische Kraftstation für Lichtleistung erbaut werden, die 2000 Kilowatt leistend sein soll. Schon in diesem Frühjahr soll mit dem Bau begonnen werden.

Die Petersburger Industrie und die neue Wirtschaftspolitik.

Das Industriebüro des Nordwestgebietes hat dem Obersten Volkswirtschaftsrat einen Bericht über die Lage der Industrie in der Provinz...

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen. Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Schlesische Hundschan.

Letzte Sitzung des Provinziallandtages.

Die rechtzeitigen Jahresabrechnungsbeschlüsse der Provinzialen Verwaltungsämter lassen sehr zu wünschen übrig. Der Berichterstatter Abgeordneter S n a y forderte Besserung...

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die deutsche Regierung wird sich nicht an der Annahme der Reparationsnote beteiligen.

Die Arbeiter...
Die Arbeiter...
Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
Die Arbeiter...
Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
Die Arbeiter...
Die Arbeiter...

Aus der Landarbeiter- und Kleinbauern-Bewegung.

Wachsender Landarbeiterstreik in Sachsen und Anhalt.

In den sächsischen und anhaltischen Bezirken stehen jetzt unmittelbar vor der Frühjahrseinstellung, 15-20 000 Landarbeiter vor dem Streik, weil die Gutsherren und Großgrundbesitzer sich weigern, die elenden Löhne der Landproletarier zu erhöhen, die ihnen entsprechen zu erhöhen. Die Landarbeiter erhalten Stundenlöhne von 3,90 Mark neben einem außerordentlich niedrigen Deputat. Der Deutsche Landarbeiterverband sollte die Forderung der Landarbeiter von 100 Prozent Lohnerhöhung und Verbesserung des Wohndeputats auf 60 Prozent vertreten. Die Vertreter des DVL im Verein mit dem christlichen Verband verhandelte mit den Arbeitgebern und einigte sich mit ihnen auf eine Lohnerhöhung von 20 Prozent. Dieses ungenügende Zugeständnis lehnten die Landarbeiter ab.

Am 5. März tagte in Halle a. d. Saale eine Landarbeiterkonferenz, die zusammengesetzt war aus Delegierten, die allen Parteien und allen gewerkschaftlichen Richtungen angehörien. Sie hatte den Zweck, über die Köpfe der Führer hinaus die Massen zusammenzuführen und in Tariffragen einheitlich im Interesse des Landproletariats vorzugehen. Die eingeleitete Kommission, bestehend aus Vertretern aller Parteien und Fraktionen, versuchte mit dem Arbeitgeberverband der Land- und Forstwirtschaft in Sachsen-Anhalt Verhandlungen aufzunehmen. Der Unternehmerverband lehnte ab, überhaupt zu verhandeln. Daraufhin ging die Kommission nach dem Reichsarbeitsministerium in Berlin, um dort den Versuch zu machen, ihre Forderungen durchzusetzen.

Am 22. März fand eine Verhandlung im Reichsarbeitsministerium statt, unter Vorsitz des Ministerialrates Dr. Hansmanns. Das Reichsarbeitsministerium stellte sich an dem Standpunkt, daß es, wenn die Möglichkeit vorliege, ver-

Die Arbeiter...
Die Arbeiter...
Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
Die Arbeiter...
Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
Die Arbeiter...
Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
Die Arbeiter...
Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
Die Arbeiter...
Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
Die Arbeiter...
Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
Die Arbeiter...
Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
Die Arbeiter...
Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
Die Arbeiter...
Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
Die Arbeiter...
Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
Die Arbeiter...
Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
Die Arbeiter...
Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
Die Arbeiter...
Die Arbeiter...

Die Arbeiter...
Die Arbeiter...
Die Arbeiter...

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki
Übersetzt von Adolf Geh.

Er sprach langsam, und man konnte merken, daß er etwas anderes dachte. Die Mutter berührte ihn vorsichtig.

„Du solltest dich fassen, Andrej!“
„Wartet nur, Mutterlein!“ hat der Kleinrusse leise und freudlich. „Das ist alles so gemein... wenn ich es auch nicht gewollt habe! Wartet nur!“

Dann wurde er plötzlich erregt, schlug mit der Hand auf den Tisch und rief:

„Ja, Pawel, der Bauer richtet die Erde zugrunde, wenn er aufsteht! Wie nach einer Pest verbrannt er alles, damit die Spuren seines Unrechts mit der Asche verwischen.“

„Dann stellt er sich uns ja in den Weg!“ meinte Pawel leise.

„Ist unsere Sache, das zu verhindern! Unsere Sache, ihn zurückzuhalten! Wir stehen ihm am nächsten. Uns glaubt er, uns folgt er!“

„Weißt du, Njibin schlägt uns vor, eine Zeitung für das Land herauszugeben!“ sagte Pawel mit

„Das müssen wir!... Und bald!“
Pawel verzog das Gesicht und sagte:

„Es tut mir leid, daß ich nicht mit ihm disputieren konnte!“

Der Kleinrusse rieb sich den Kopf und meinte müde:

Die Mutter lächelte und meinte:
„Für dich, Andrej, ist alles einfach!“
„Aber ja!“ sagte der Kleinrusse. „Ist auch ganz einfach!“

Und flügte fester hinaus:
„Gerade wie das Leben!“

Nach einigen Minuten sagte er:
„Ich gehe auf's Feld spazieren...“

„Nach dem Bade? Es ist windig, wird dich durchwehen!“ warnte die Mutter.

„Das möchte ich gerade!“ antwortete er.
„Gib acht, du wirst dich erkälten!“ sagte Pawel freundlich.

„Lege dich hin, versuche zu schlafen!“
„Nein, ich gehe!“

Er keibelte sich an und ging schweigend fort.
„Ihm ist schwer zuzumute!“ meinte die Mutter fessend.

„Weißt du?“ sagte Pawel zu ihr, „du tust gut daran, daß du ihn duzt.“

Sie sah ihn freudlich an und erwiderte:
„Ich habe gar nicht gemerkt, wie das gekommen ist... ganz von selbst! Er ist mir so nahe geworden...“

„Ich weiß nicht, wie ich das ausdrücken soll!“
„Du hast ein gutes Herz, Mama!“ sagte Pawel leise.

„Wenn's so ist, so freue ich mich! Wenn ich nur dir... und auch allen etwas helfen könnte! Wenn ich das nur verstände!“

„Hab keine Furcht, du wirst es schon verstehen!“
Sie lachte leise und sagte:
„Hab Dank für dein gutes Wort!“
„Guten, Mama! Wir wollen davon schweigen!“ erwiderte Pawel. „Laß die sagen: ich liebe dich... und danke dir herzlich, aufrichtig!“

Etwas später kam Njibin, der Bauer, und unzufrieden wie immer.

„Hast du nicht gehört, wer Njai tolgewichtigen hat?“ fragte er Pawel, indem er im Zimmer auf und ab schritt.

„Nein!“ erwiderte Pawel kurz.

„Hast dich also einer gefunden, dem die Sache zuwider war? Und ich hatte immer die Absicht, ihn zu umzubringen. Das war eine Aufgabe, die für mich gut paßte!“

„Hör auf mit solchen Reden, Nikolai!“ sagte Pawel freudlich.

„Ja, wirklich, was ist das eigentlich?“ fiel die Mutter ein. „Hast so ein weiches Herz und brüllst dabei immer Wozu das?“

Es war ihr in diesem Augenblick angenehm, Njibin vor sich zu sehen, und sogar sein podernarbiges Gesicht erschien ihr häßlicher. Und er tat ihr leid, wie noch niemals.

„Ich tauge zu nichts anderem, als zu solchen Dingen!“ sagte Nikolai dumpf, die Köpfe zuckend. „Ich überlege überlege... wo ist eigentlich mein Platz? Ich habe kein Recht, mit den Leuten reden, aber ich verstehe nicht! Ich sehe alles... fühle alle Kränkungen der Leute... aber sagen kann ich es nicht! Meine Sprache ist stumm!“

Er trat zu Pawel, senkte den Kopf, rockerte mit dem Finger auf dem Tische und rief finstlich stehend, was gar nicht stand:

„Gibt mir doch irgendeine schwere Arbeit, Pawel! Ich kann nicht so ohne jeden Sinn leben... Ich leide ganz bei der Arbeit... Ich sehe, wie sie zum Leben und habe selbst keinen Teil daran! Freue dich, Mutter, die kann man so leben? Gebt mir doch schwere Arbeit!“

Pawel sah ihn bei der Hand und zog ihn zu sich heran.

„Wir werden dir eine geben!“
(Fortsetzung folgt)

...der ... in ...

...die ... in ...

...der ... in ...

Proletarier und Proletarierin!

Hast Du schon gesehen, daß der Dampfer 'National' mit dem zum Anker an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg benannten Kinderheim an Nord-See ...

Die Ozeanverwaltung macht die Mitglieder auf die Unbilligkeit aufmerksam. Jeder Kamerad wird ersucht, von dieser Einrichtung ...

Die Funktionäre des Ozeanverkehrs Nieder-Altwasser ...

Locales.

Geistige Ausbeutung.

Wie die bürgerliche Presse und die ihr ebenbürtige Schriftsteller umzugehen sich erfreut, so daß diese ...

Da intercedierte eine 'freie Meinung', Bremen, wegen Einwendung von Artikeln. Schreiber dieses fragte an, ob ein Artikel 'Kriegsbilanz' erwünscht wäre, und der Verleger ...

Proletarier! Proletarierinnen! Eornt für die Erhaltung der Kinder im Luxemburg-Stiehnicht-Heim!

Der Schreiber der Zeilen teilt nun weiter mit, daß nicht etwa nun eine gewissenhafte Untersuchung erfolgte oder ihm irgendwobei Recht zuteil wurde, sondern daß man eine ...

Breslau. Die neuen Schulgebäude.

Der Magistrat schreibt uns: Nachdem der Magistrat dem abgeänderten Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung in seiner letzten Sitzung ...

Der Kampf um die weltliche Schule.

Der überall in den geistig regsamsten Orten eingesetzt hat, zwingt auch die Landesbehörden Arbeiterkraft, diesem erstrebenswerten Ziel ...

Aus der Jugendbewegung.

Kreisbesprechung der K. J. Waldenburg. Am Sonntag, den 2. April, vormittags 8 Uhr, findet im Jugendheim Waldenburg die ...

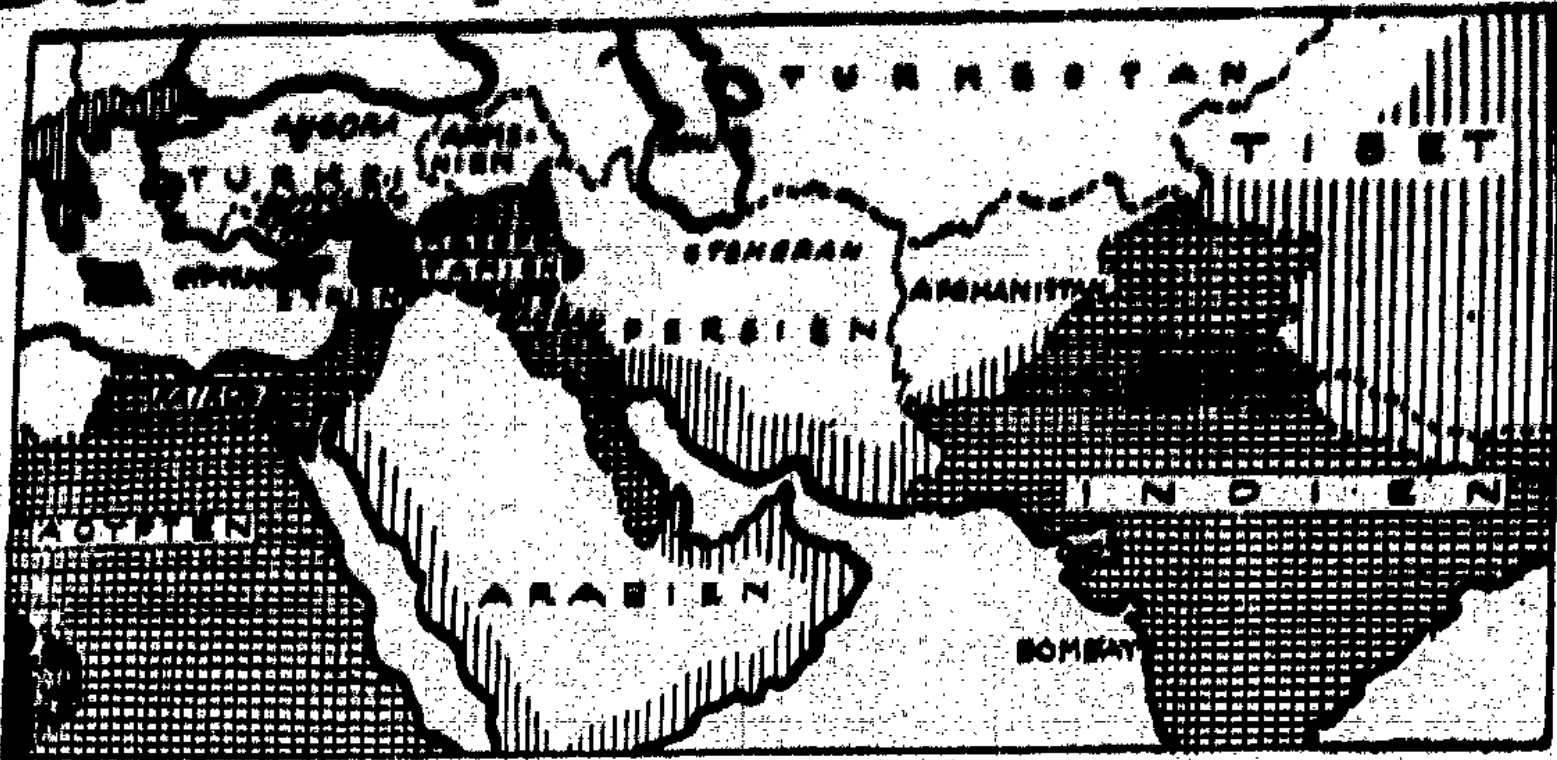
Handspielhaus ... Wiederverkäufer ... Almetalle ...

Demnächst erscheint N. BUCHARIN Oekonomik der Transformationsperiode Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahabley, Hamburg

Genossen. K = P = D Kommunistische Partei Deutschlands

Wirtschaftliche Rundschau

Der Kampf um Vorderasien.



ENGLISCHER BESITZ FRANZÖSISCHES EINFLUSSGEBIET AMERIKANISCHES EINFLUSSGEBIET

Die Orientkonferenz, die dieser Tage in Paris stattfindet, ist nur wegen der dort ausgeschnittenen Streitpunkte von Bedeutung, sondern deswegen, weil hinter diesen Streitpunkten das vorderasiatische und schließlich auch das indische Problem ein Problem, dessen Lösung die Orientkonferenz in keinem Falle lösen kann wird. Die wichtigsten Verhandlungspunkte sind:

die Grenzen Thrakiens, um das Griechenland und die Türkei sich streiten,

die Frage der Meerengen (Konstantinopel und Dardanellen), die England nicht aus der Aufsicht des unter seinem Einfluß stehenden Völkerbundes lassen will,

die Zugehörigkeit Smyrnas, das Griechenland für sich beansprucht, das aber Kemal Pascha ihm keineswegs überlassen will.

England, Frankreich und Italien sind die Verhandlungspartner. Was Italien anlangt, so ist es an der Entwicklung der im Kleinasien interessiert durch den sogenannten „Dreierbund“, nach dem Anatolien in drei Gebiete zerfallen sollte: Norden ein rein türkisches Gebiet, im Osten eine französische und im Süden eine italienische Wirtschaftssphäre. Engländer dabei von Italien auf Unterstützung: Angora, der Vertreter Frankreichs, wird sich einem italienischen Mandat über Anatolien mit allen Mitteln widersetzen.

Was sich in erster Linie auf der Orientkonferenz widerstreitet, das ist der Widerstreit der imperialistischen Interessen Frankreichs und Englands. Und der Kampf zwischen den beiden Mächten dreht sich um noch ganz andere Fragen als die aufgezählten Verhandlungspunkte.

Was England will.

Die Beherrschung der Länder Vorderasiens sollte für England Hauptfrucht des Weltkrieges sein, der Abschluß in der Ostfront, die den Indischen Ozean umschließen und zu britischen Binnenmeer machen. Schon deswegen glaubte England seine Absichten erfüllt zu sehen, weil im Verlauf des Krieges nicht nur der deutsche Kapitalismus, sondern auch auf dem Weg über Konstantinopel und die Bagdadbahn Vorderasien bis nach Indien vordringen wollte, ausgetrieben worden ist, sondern ebenso der russische Imperialismus, mit dem England um die Herrschaft über Vorderasien, von Afghanistan über Persien bis nach Konstantinopel größter Zähigkeit rang. Während Rußland ein Lebensziel daran hatte, für seinen Außenhandel im Süden einen Weg ans Weltmeer sich zu verschaffen, war es für das britische Weltreich von gleich großer Bedeutung, sich eine feste Landverbindung nach Indien zu sichern. Es kam zunächst weniger auf die vorderasiatischen Länder als Absatzmärkte zu erringen, ihre Rohstoffe auszubeuten und neue Kulturen (Getreide, Baumwolle, Seide) zu schaffen, als eben dies vorwiegend das Ziel dem russischen Vordringen gegenüber durchzusetzen.

Die stärkste Gegnerschaft war, die England bei der Beherrschung Persiens in Deutschland und Rußland hatte, geht hervor, daß die englische Einfuhr in der Zeit vor dem Krieg von Jahr zu Jahr mehr zurückging. Sie betrug im letzten Jahrzehnt noch 36 Prozent und sank in den folgenden Jahren bis auf 27 und 28 Prozent herab. Andererseits nahm die russische Einfuhr an Rußland, in geringerer Menge auch nach England, von Jahr zu Jahr stark zu. Und ein entsprechendes Geben die persischen Ausfuhrziffern.

Am Kriegsbeginn erleichterte sich die Arbeit für England. Während der russische Außenhandel nach Persien zurückging, vergrößerte sich der britische von Jahr zu Jahr. Es war allerdings bezeichnend, daß innerhalb dieses Handels nicht der des Mutterlandes, sondern der in den wichtigsten Ägypten. Die Einfuhr von Baumwollprodukten, von Zucker, von Eisen- und Stahlwaren zeigt diese Entwicklung. Anzuerkennen liegt der größere Wert auf persischen Ausfuhrziffern, vor allem auf Baumwolle und noch mehr auf der persischen Seide.

Kämpfe um das Erdöl.

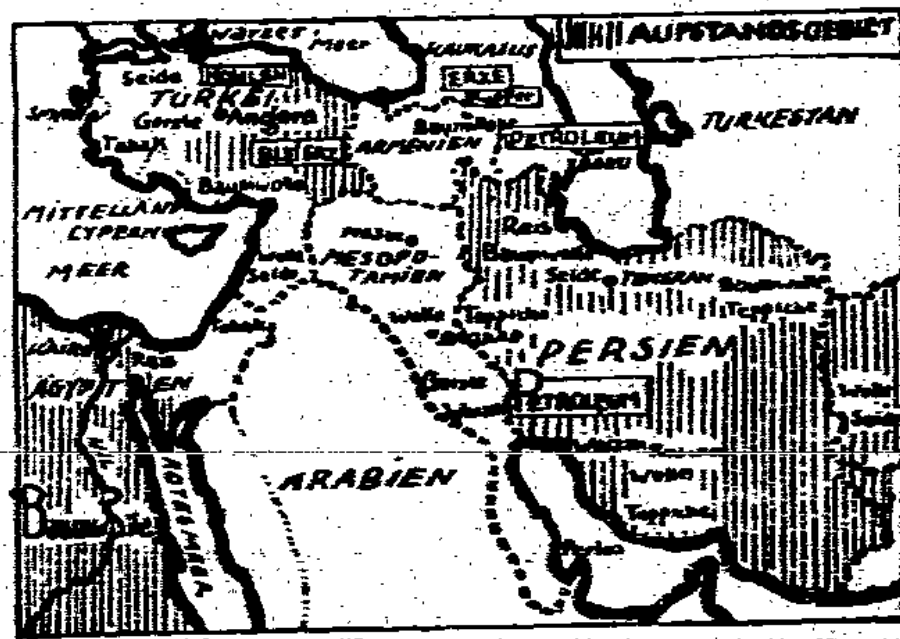
Die Kämpfe um das Erdöl, die die imperialistischen Mächte der Ozeanländer Vorderasiens, ist der Kampf um diese Ozeanländer nicht zu verstehen. Englands Absicht, das Vordringen in Mesopotamien und in Persien und den Heiligen Ozeanländern, wie Palästina, nicht zu unterbinden, es will vor allem sich von der Preussische der amerikanischen Standard-Oil-Company trennen. Aber eben diese Absicht haben auch die amerikanischen Kapitalisten auf den

vorderasiatischen Plan gerufen. Denn wenn auch heute die Standard-Oil-Company die Weltmarktpreise für Erdöl diktiert, wenn der überwiegende Teil der gesamten Erdölproduktion in amerikanischen Händen ist, so weiß Amerika doch sehr wohl, daß seine Versorgung mit diesem für die kommenden Jahrzehnte wichtigsten aller Betriebsstoffe, der noch wichtiger ist als selbst die Kohle, bedroht ist, denn die Erdölvorräte der Vereinigten Staaten werden in 10-20 Jahren erschöpft sein.

Amerika hat vor einigen Monaten der persischen Regierung einen Kredit in Höhe von 250 000 englischen Pfund gewährt, die Bezahlung geschieht in Form von Erdölkonzessionen an die Standard-Oil-Company. Die englische Anglo-Persian-Oil-Company hat diese Tatsache des amerikanischen Vordringens anerkennen müssen. Und ebenso ist das amerikanische Kapital an den Erdölquellen Mesopotamiens interessiert, und es ist anzunehmen, daß das Verlangen des amerikanischen Staatssekretärs Hughes, daß auf keinen Fall die Vereinigten Staaten von den Erdöl-Pachtverträgen Mesopotamiens ausgeschaltet werden dürfen, von England gleichfalls erfüllt werden wird. Und die erste Gesellschaft, die Interesse an der Ausbeutung der Erdölquellen Palästinas zeigte, war wiederum die Standard-Oil-Company.

Warum Frankreich vordringt.

Viel gefährlicher aber als das Eindringen des amerikanischen Kapitals in die Erdölinteressen Englands ist das Vordringen des französischen Imperialismus. Denn dieses Vordringen richtet sich bewußt nicht nur gegen irgendein englisches wirtschaftliches Interesse, sondern gegen seine Machtposition in Vorderasien überhaupt. Der Hauptstützpunkt für Frankreich ist sein Mandat über Syrien und das anatolische Einflußgebiet,



das sich das französische Kapital seit Jahrzehnten erschlossen hat, ferner das Bündnis mit Angora. Ein größeres Interesse als an den dortigen Bahnanlagen, als an dem syrischen Teile der Bagdadbahn und als an der Ausbeutung der kleinasiatischen Rohstoffe: Bleierz, Getreide, Baumwolle, hat Frankreich an der militärischen Unterstützung Angoras. Die Machtposition, die sich Frankreich hier geschaffen hat, bildet einmal eine Durchbrechung des britischen Landweges nach Indien und zweitens ein Mittel, die englischen Hoffnungen auf ein Monopol des sich entwickelnden Handels mit Sowjetrußland im Süden, von Konstantinopel und Persien aus, zu zerstören.

Wodurch England bedroht wird.

Englands bester Stützpunkt für seine vorderasiatischen Interessen ist seine Herrschaft über Mesopotamien, dessen Mandat es vor mehr als zwei Jahren erhalten hat. Die Kontrolle über die östliche Mittelmeer-Sicherung Mesopotamiens und Palästinas England verleiht, bezieht jährlich mindestens 30 Millionen Pfund. Diese gewaltige Summe spiegelt die Interessen Englands an dem anatolischen Pöbel des Ozeanlandes wider. Gleichwohl ist es fraglich, bis zu welchem Grade England selbst die mesopotamische Araber-Gebiet wird erschließen können und rings um dieses Gebiet herum nicht heute England all seine Einflußsphären stark bedroht, bedroht nicht nur durch das Vordringen Frankreichs und nicht nur durch die zunehmende Konkurrenz des amerikanischen Kapitals, sondern auch durch die Bedrohung durch das Aufwachen der vorderasiatischen Völker.

Heute beschränkt sich der englische Einfluß in Persien auf dessen südliche Gebiete, über diejenigen Gebiete, in denen die Erdölquellen liegen und wo zur Zeit zur Gänze Ausbeutung der Bau von gewaltigen Erdölleitungen bis an die Küste hat. Jenseit der Bau von Bahnen und von neuen Telegraphenlinien

geplant ist. Und selbst in Afghanistan, das vor dem Krieg als starkes Bollwerk des englischen Imperialismus gegen das Vordringen Frankreichs galt, ist heute der Einfluß Frankreichs die Mächte, die den Vordringenden entgegensteht. Die Verträge des Afghanistans mit Angora und Persien vor allem aber mit Rußland abgeschlossen hat, zeigen, daß heute Englands Stellung in Afghanistan erschüttert ist. Die Verbindung zwischen Afghanistan und Rußland beschränkt sich nicht nur auf politische Abmachungen, sondern auch wirtschaftlich von Afghanistan aus, und der Bau von Telegraphenlinien und einer Eisenbahn soll nach diesen Verträgen nicht von England, sondern ausschließlich von Rußland übernommen werden.

Zeigt sich bei alledem in Vorderasien die Bruchbarkeit des englischen Imperialismus, so steht das im engsten Zusammenhang mit der Entwicklung der Dinge in Indien. Hier ist die neu aufgekommene indische Bourgeoisie bestrebt, sich von der englischen Herrschaft freizumachen und die ungeheure Masse der indischen Ausbeuteten, der Bauern und Pächter ebenso wie der neu entstehenden proletarischen Klasse, für diesen Kampf auszunutzen. Dieser Kampf beschränkt sich keineswegs auf die Boykottierung der englischen Einfuhr und die Einsetzung von Zöllen gegen britische Waren, sondern wird in engem Zusammenhang mit den Vorgängen in Vorderasien geführt.

Zunehmend können wir feststellen, daß trotz der Ausschaltung des deutschen und des zaristischen Imperialismus die Hoffnungen Englands auf die Schaffung einer festen Landverbindung mit Indien weiter von ihrer Verwirklichung entfernt sind als vor dem Kriege, daß die Hindernisse, die der Durchsetzung der englischen Interessen im Wege stehen, nicht nur durch das Vordringen Frankreichs und das Eindringen des amerikanischen Kapitals gebildet werden, sondern vor allem in der Erhebung der Völker Asiens liegen, die sich über ethnographische und Religionsunterschiede hinweg zu einem Bund von Staaten zu vereinigen, der, verbündet mit Sowjetrußland, dem Vordringen des amerikanischen Kapitals in Vorder- und Süd-Asien gegenüber zu einem unüberwindlichen Bollwerk heranwächst. A. Friedrich.

Indiens Industrialisierung schreitet vorwärts.

Nach einer Meldung englischer Zeitungen hat die indische Regierung der gesetzgebenden Versammlung in Delhi vorgeschlagen, den Einfuhrzoll von 11 auf 15 Prozent zu erhöhen. Nach der Angabe der Regierung erfolgt diese Erhöhung nur „aus rein finanziellen Gründen“. Es ist aber selbstverständlich, daß diese Zollerhöhung, genau so wie die Erhebung eines Einfuhrzolles überhaupt, als Schutzmaßnahme für die junge indische Industrie geschieht. Am höchsten ist der Einfuhrzoll für Zucker, Streichhölzer, Automobile, verhältnismäßig niedrig für Maschinen, Eisenbahnmateriale und Eisenwaren aller Art. Die Niedrigkeit der Zollsätze für Maschinen und Bahnmateriale erklärt sich daraus, daß die indische Regierung die Industrialisierung Indiens durch Einfuhr dieser Produktionsmittel fördern will.

Im Zusammenhang mit dieser Zollerhöhung steht eine Eingabe indischer Bergwerke an die indische Regierung, einen Einfuhrzoll auf Kohle zu legen. In der Begründung dieser Eingabe heißt es ausdrücklich, daß die indische Kohle gegen die ausländische Kohle geschützt werden soll.

Im Zusammenhang mit dem Wachsen der eigenen Industrie steht der Rückgang des Imports von Fertigwaren. Die Einfuhr Indiens an Wollstoffen betrug:

1913-1914	27 400 Yards
1915-1916	26 000 "
1916-1917	20 000 "
1917-1918	18 000 "
1918-1919	17 000 "

Am stärksten hat Indien seine Jute- und Baumwollindustrie ausgebaut. Von 1915-1917 vergrößerte sich die Zahl der indischen Baumwollspinnereien von 212 auf 276, die der Jutefabriken von 56 auf 78. Außerdem ist Indien bestrebt, eine eigene Farbstoffindustrie zu entwickeln. Es führt bereits Indigo in erheblichen Mengen aus. In Bombay besteht seit einiger Zeit eine große Anilin-Farbgesellschaft mit Laboratorium, Packhäuser usw., die einen großen Stab von Handelsangestellten beschäftigt und verschiedene Zweigniederlassungen in der Provinz hat.

Die Gewinne, die in der indischen Industrie gemacht werden, sind den europäischen Verhältnissen gegenüber phantastisch. Dividenden von 100 Prozent stellen keine Ausnahme dar. Es ist bezeichnend, daß Gandhi Arbeiter der indischen Heimindustrie dadurch an seine Bewegung fesseln konnte, daß er ihre Löhne zu verdoppeln versprach. Es läßt sich also eine Verdoppelung des indischen Arbeitslohnes durchführen, ohne daß dadurch die Rentabilität der Produktion in Frage gestellt würde. Denn es ist nicht anzunehmen, daß Gandhi, dessen Forderungen ganz auf den Schutz der jungen indischen Industrie ausgehen — Vollmaßnahmen für englische Einfuhr und Boykott englischer Waren —, diese Bewegung mit Mitteln führt, die die indische Industrie ruinieren müßten. Es ist der Kampf der indischen mit der englischen Bourgeoisie um diese gewaltige Ausbeutungsrate, der die Hauptrolle spielt in den Selbstständigkeitsbestrebungen der indischen Bourgeoisie gegen den englischen Imperialismus.

Absatzstockung in Konstantinopel.

Viele Ausfuhrartikel, die vom Balkan und aus Vorderasien stammen, sind in Konstantinopel aufgestapelt und können, obwohl Bedarf an diesen Dingen vorhanden ist, keinen Absatz finden. Arbeiter-Hassungen, Betriebsstörungen, Handhinderungen in Konstantinopel sind vor allem bei den Banken dieser Entwicklung zu sehen. Man erwartet für die nächsten Tage die Zahlungserstattungen verschiedener ausländischer Firmen.

Persische Teppiche, orientalische Stickereien, Damaskus-Arbeiten (getriebenes Messing), Muschlarabi-Arbeiten (Perlmutterwaren) sind auf dem großen Platz in Konstantinopel aufgestapelt.

An der Konstantinopeler Börse steigt zurzeit der französische Franc, während das englische Pfund sinkt, mit dieser Entwicklung drückt sich der politische Erfolg Frankreichs gegenüber den englischen Orientplänen aus. Es wird erwartet, daß auch Besetzung der Orientkonferenz das türkische Pfund, dessen Wert heute schon relativ hoch ist, noch weiter steigen wird. Dann wäre der Absatz von Waren noch mehr in Frage gestellt als heute.